

„Doppelvergütung von Fachärzten“: KVSH kritisiert SPD-Vorschlag scharf

Bad Segeberg, 01. Dezember 2025 - Mit absolutem Unverständnis und deutlicher Kritik reagiert der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein (KVSH) auf die Vorschläge aus der Arbeitsgruppe „Gesundheit“ der SPD-Bundestagsfraktion, die erst vor wenigen Jahren per Gesetz eingeführten extrabudgetären Zuschläge für die Vermittlung von dringenden Behandlungsfällen vom Haus- zum Facharzt abzuschaffen.

Dieser Vorschlag konterkariert nicht nur das klare, von der Politik ausgesprochene Ziel einer effizienten Patientensteuerung. Er wird vor allem die Patienten selbst treffen und die Wartezeiten auf einen Facharzttermin weiter erhöhen. Das noch vom früheren SPD-Bundesgesundheitsminister eingeführte System, dringende Facharzttermine über die Terminservicestellen oder durch Hausärzte zu vermitteln und extrabudgetär zu vergüten, war aus gutem Grund eingeführt worden. So sollen Patienten mit akutem Behandlungsbedarf schneller versorgt und für die Praxen zudem Anreize geschaffen werden, kurzfristig verfügbare Termine bereitzustellen.

KVSH-Vorstandsvorsitzende Bettina Schultz dazu: „Wer diese Anreize streicht, muss wissen: Damit verlängern sich die Wartezeiten weiter – gerade für jene, die kurzfristig einen Termin benötigen. Eine solche Politik ist ein direkter Angriff auf die Versorgungssicherheit der Bevölkerung.“ Was gedacht war, im Sinne des Patienten für Entlastung zu sorgen, wird nun zurückgenommen. „Verantwortungsvolle Politik zur Stärkung der ambulanten Versorgung sieht anders aus“, so Dr. Schultz. In diesem Zusammenhang zudem von einer „Doppelvergütung“ der Ärzte zu sprechen, sei nicht nur unredlich, sondern auch populistisch, politisch verantwortungslos und auch faktisch falsch. „Mit der Realität hat das nichts zu tun“, so die KVSH-Chefin. Extrabudgetäre Vergütung bedeute nicht - wie von der SPD behauptet – doppelte Vergütung. „Extrabudgetär heißt nichts anderes, als dass eine Leistung auch voll bezahlt wird“, ergänzt Dr. Schultz.

Die KVSH betont, dass jede weitere Einschränkung von Entbudgetierungs-Maßnahmen zwangsläufig dazu führt, dass weniger Termine verfügbar sind und der Druck auf die bestehenden Praxen weiter steigt. Angesichts des Fachkräftemangels im Gesundheitswesen ist dies eine Politik gegen die Versorgung – und gegen die Patienten.

**Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein | Marco Dethlefsen, Pressesprecher, Tel. 04551 883 818
Nikolaus Schmidt, Pressesprecher, Tel. 04551 883 381 | presse@kvsh.de | www.kvsh.de**